

# Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

## NEWSLETTER

07/2010 – 12.11.2010



**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freunde,**

nicht nur aufgrund der Geschehnisse rund um den jüngsten Castor-Transport haben wir im Deutschen Bundestag eine weitere ereignisreiche Sitzungswoche erlebt. Zahlreiche wegweisende Themen wurden ausführlich debattiert und wichtige Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Ich freue mich, Ihnen vor diesem Hintergrund heute eine weitere Ausgabe meines Newsletters, der Sie über die Entscheidungen im Plenum informiert, zukommen zu lassen. Wie gewohnt erhalten Sie damit einen fundierten Einblick in die politische Lage der Bundesrepublik und die Arbeit der CDU/CSU-Fraktion im Parlament.

Dabei gilt es in dieser Woche zunächst, auf den bereits angesprochenen Transport von Castor-Behältern und die damit verbundenen und zu verurteilenden Gewalttaten im Wendland zurückzublicken. Auch auf die Gesundheitsreform, das sogenannte GKV-Finanzierungsgesetz, das im Bundestag in zweiter und dritter Lesung beraten und abschließend verabschiedet wurde, werde ich im Verlauf des Newsletters erneut kurz eingehen.

Besuchen Sie für weiterführende Informationen bezüglich aktueller Themen und der Bundespolitik jederzeit gerne meine Homepage [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de) oder auch die des Deutschen Bundestages [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de).

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre und grüße Sie herzlich aus Berlin.

Ihr

## Castor-Transport: Grüne müssen sich von Gewalt distanzieren

Das Demonstrationsrecht ist in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein hohes Gut. Die Union achtet und schützt dieses Recht, auch wenn wir die politischen Ziele der Demonstranten nicht teilen, die in den vergangenen Tagen gegen die Rücknahme des deutschen kerntechnischen Abfalls aus Frankreich protestiert haben. Neben einer großen Zahl friedlicher Demonstranten waren bei den Protesten im Wendland aber leider auch solche zu



(© AP)

beobachten, die gezielt schwere Straftaten begangen haben. Wer mit Steinen wirft, Schienen lockert oder Brandsätze auf Fahrzeuge wirft, gefährdet das Leben anderer Menschen und überschreitet damit eine Grenze, die unter keinen Umständen überschritten werden darf. Wir erwarten deshalb von den Grünen, die prominent vor Ort vertreten waren, das klare Bekenntnis, dass sie sich von Gewalt und Rechtsbruch distanzieren. Der Satz: „Man habe nicht zur Gewalt aufgerufen“ reicht in diesem Zusammenhang nicht aus.

Wir erwarten ferner von den Grünen, dass sie auch in der Opposition ihrer Verantwortung gerecht werden und nicht allein ihre Doppelzüngigkeit unter Beweis stellen. Die Rücknahme des kerntechnischen Abfalls aus Frankreich ist ein Gebot überparteilicher Verantwortung. Die Castor-Transporte wurden auch unter Rot-Grün durchgeführt und damals von Umweltminister Jürgen Trittin mit den Worten verteidigt, dass die Grünen gegen die Transporte „in keiner Form sitzend, stehend, singend, tanzend demonstrieren“ sollten, denn schließlich seien die Voraussetzungen für den Transport gegeben. Heute erinnern sich die Grünen nicht mehr an ihre Worte von damals und fahren den Demonstranten mit dem Traktor vorweg. Wer so handelt, kann keine Verantwortung für unser Land übernehmen.

---

## Reduzierung der geplanten Energie- und Stromsteuer

Im Rahmen der Beratungen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 ist es gelungen, die Belastungen für die Industrie und das produzierende Gewerbe durch die Energie- und Stromsteuer im Gegensatz zum ersten Entwurf erheblich zu reduzieren. Von dem gefundenen Kompromiss profitieren insbesondere die kleineren und mittleren Unternehmen. Nach dem ursprünglichen Entwurf hätten 75% aller Handwerksunternehmen statt wie bisher 20% den vollen Stromsteuersatz entrichten müssen. Die Belastung hätte sich zum Beispiel bei einem Handwerksbetrieb mit einem jährlichen Verbrauch von 100.000 kWh und sechs Mitarbeitern insgesamt auf 2.050 Euro statt zuvor 977 Euro belaufen. Nun ist die Belastung dieses Unternehmens mit 1.474,75 Euro zu beziffern.

Auch bei energieintensiven Unternehmen fällt zukünftig die zusätzliche Belastung weniger stark aus. So wären zum Beispiel die Kosten für die Strom- und Energiesteuer eines großen Walzwerkes mit über 2.100 Mitarbeitern nach dem Kabinettsbeschluss von 878.000 auf 2.720.000 Euro angestiegen. Durch die von uns geforderten Änderungen reduziert sich die Belastung um 1.342.000 Euro pro Jahr. Sie liegt gegenüber dem Kabinettsentwurf nun bei 1.378.000 Euro pro Jahr.

Deutschland verzeichnet gegenwärtig die höchsten Wachstumsraten unter den Industrieländern. Es sind gerade die energieintensiven Branchen, die das Industrieland Deutschland schneller als seine Nachbarn aus der Krise herausgeführt haben. Allein in der energieintensiven Industrie sind 870.000 Menschen beschäftigt. Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung liegt in Deutschland bei 23,1 Prozent. Das ist weltweit der dritte Platz nach China und Korea. Wir wollen die starke industrielle Basis erhalten und die Spielräume für unternehmerisches Handeln erweitern. Nur so wird es gelingen, Unternehmen dauerhaft zu motivieren weiter in Deutschland zu investieren und die Wirtschaft auf einem nachhaltigen Wachstumskurs zu halten.

---

## Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans

In einer Sondersitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat Bundesverkehrsminister Ramsauer während der Sitzungswoche die Bedarfsplanüberprüfung des Bundesverkehrswegeplans vorgestellt. Laut den gesetzlichen Vorschriften müssen die Bedarfspläne alle fünf Jahre auf die Notwendigkeit einer Anpassung an die Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung hin überprüft werden. Als wichtigste Erkenntnis gilt laut Ramsauer, dass die Pläne für die Bundesschienenwege und Bundesfernstraßen nach wie vor gut geeignet sind, die meisten vorhandenen und prognostizierten Engpässe aufzulösen. Eine Anpassung sei daher nicht erforderlich.

Unabhängig davon fehlen aber die finanziellen Mittel, um alle 80 Schienen- und 2500 Straßenbauprojekte zu realisieren. Für die Straßenbauprojekte benötigt das Verkehrsministerium 41 Mrd. Euro, für die Schienenwege 37 Mrd. Euro. Bis zum Jahr 2020 sind aber alleine bei der Schiene nur 8 Mrd. Euro eingeplant. Dem bei der Überprüfung durchgeführten Nutzen-Kosten-Verhältnis haben vor diesem Hintergrund 9 Schienenprojekte nicht Stand gehalten. Die betreffenden Projekte, darunter auch der zweigleisige Ausbau der Strecke von Hagen nach Gießen, können derzeit nicht mit Bundesmitteln finanziert und müssen zunächst eingefroren werden. „Wir müssen laufende Projekte erst einmal abfinanzieren und dann auf Sicht fahren“, erklärte Verkehrsminister Ramsauer. Alle anderen überprüften hessischen Bahnprojekte wie der Ausbau des Knotens Frankfurt oder die Trasse Hanau-Fulda wurden als wirtschaftlich eingestuft und sind somit weiter in den Bedarfsplänen verankert.

## Aktuelles aus dem Plenum

In zweiter und dritter Lesung haben wir in dieser Woche, wie in der Einleitung bereits angekündigt, das **Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens (GKV-Finanzierungsgesetz)** verabschiedet, welches einen Beitrag dazu leistet, die strukturellen Probleme des heutigen Finanzierungssystems zu beheben. Unvermeidbare, über die Einnahmeentwicklung hinausgehende Ausgabensteigerungen werden durch einkommensunabhängige Zusatzbeiträge der Mitglieder finanziert. Damit die Beitragszahler vor einer unverhältnismäßigen Belastung geschützt sind, wird ein unbürokratischer und gerechter Sozialausgleich eingeführt.

Ausführlichere Informationen zur Gesundheitsreform finden Sie in der Ausgabe meines Newsletters, den Sie auf meiner Homepage jederzeit abrufen können.

Ebenso in zweiter und dritter Lesung stand das **Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der GKV (Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz)** zur Verabschiedung an. Mit ihm werden langfristige strukturelle Änderungen zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes eingeführt. So müssen Pharmaunternehmen künftig den Nutzen für alle neuen Arzneimittel nachweisen und den Erstattungsbetrag mit der gesetzlichen Krankenversicherung vereinbaren. Der Arzneimittelmarkt in der gesetzlichen Krankenversicherung wird dereguliert, etwa durch die Verschlinkung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Therapiehinweise und Verordnungsausschlüsse werden klarer geregelt. Rabattverträge für patentfreie und wirkstoffgleiche Arzneimittel (Generika) werden wettbewerblischer und patientenfreundlicher gestaltet.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Mobilität nachhaltig sichern – Elektromobilität fördern** haben wir die Bundesregierung aufgefordert, die Förderung der Elektromobilität im Bereich Grundlagenforschung, Batterieelektrik und Netzgestaltung voranzutreiben, die existierenden Forschungsprogramme entsprechend zu fokussieren und auf hohem Niveau zu verstetigen. Die internationale Standardisierung muss ebenso vorangetrieben werden wie die Förderung der Modellregionen in Deutschland. Gleiches gilt für die ordnungspolitische Anpassung im Bereich der Nutzungsrechte, die Stadtplanung sowie eine eventuelle steuerliche Förderung.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Ersten Gesetz zur Änderung des Stipendienprogramm-Gesetzes** wird festgelegt, dass der Bund bei der Finanzierung der Stipendien den Landesanteil übernimmt. Außerdem wird der Bund den Hochschulen ihre Akquisekosten in Höhe von 7 Prozent der einzuwerbenden privaten Mittel erstatten. Die Steigerung der Mittel für die Bereitstellung der Stipendien soll künftig ohne Zustimmung des Bundesrates erfolgen.

## Daten und Fakten

**Zahl der Arbeitslosen sinkt unter drei Millionen.** Die Zahl der Arbeitslosen ist im vergangenen Monat mit rund 2.945.000 (-86.000 gegenüber dem Vormonat) auf den niedrigsten Stand seit 18 Jahren gesunken. Die Arbeitslosenquote sank auf 7% (-0,2%), saisonbereinigt 7,5%. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben in saisonbereinigter Rechnung deutlich zugenommen und liegen über dem Vorjahresniveau. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen im September saisonbereinigt um 35.000, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten saisonbereinigt um 48.000. Auch die Kurzarbeit verliert weiter an Bedeutung. Nach vorläufigen Daten wurde im August an 173.000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Das waren 97.000 weniger als im Vormonat und 849.000 weniger als vor einem Jahr. Damit erreichen die Kurzarbeiterzahlen im August 2010 nur noch rund ein Zehntel des Höchststandes der Inanspruchnahme im Mai 2009.

(Quellen: Bundeagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)

**Lebenserwartung erreicht Höchststand.** Mit einer Lebenserwartung für neugeborene Mädchen von 82 Jahren und 6 Monaten und für neugeborene Jungen von 77 Jahren und 4 Monaten erreicht die durchschnittliche Lebenserwartung den höchsten Stand seit Berechnung der ersten Sterbetafel 1871/1881. Im Vergleich zur Sterbetafel 2006/2008 stieg die Lebenserwartung für neugeborene Mädchen um einen Monat, für neugeborene Jungen um zwei Monate. Statistisch gesehen kann heute jeder zweite Mann in Deutschland wenigstens seinen 80. Geburtstag und jede zweite Frau ihren 85. Geburtstag erleben. Im Vergleich dazu betrug die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen in der Periode 1871/1881 nur 35 Jahre und 7 Monate und die eines neugeborenen Mädchens 38 Jahre und 5 Monate. Grund für den starken Zuwachs ist zum einen der Rückgang der Kindersterblichkeit und zum anderen die sinkende Sterblichkeit Älterer.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

## Sonstiges

### Sicherheit in der Luftfracht

Nach den jüngsten Bombenfunden in Paketen aus dem Jemen und Griechenland habe ich als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für das Thema Luftverkehr gemeinsam mit dem verkehrspolitischen Sprecher der Fraktion Dirk Fischer die folgende Pressemeldung herausgegeben.



(© 2010 AFP)

### **Keine vorschnellen Entscheidungen bei Sicherheit in der Luftfracht; Kontrollen in Zukunft auch durch Bundespolizei möglich**

Nach den Bombenfunden in Paketen aus dem Jemen und Griechenland debattiert der Verkehrsausschuss des Bundestags heute über notwendige Änderungen in der Luftfrachtkontrolle. Dazu erklären der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dirk Fischer sowie der zuständige Berichterstatter Peter Wichtel:

„Sicherheit im Luftverkehr ist oberstes Gebot. Der Bund muss für diese Sicherheit sorgen. Unter welchem Schirm – ob unter der Aufsicht des Bundesverkehrsministeriums oder des Bundesinnenministeriums – werden die Ergebnisse einer Expertengruppe zeigen. Die hochrangige Arbeitsgruppe aus Innen- und Verkehrsexperten will bis Ende des Jahres konkrete Vorschläge unterbreiten. Wir warnen daher vor vorschnellen Forderungen und Entscheidungen!

Wir wollen sowohl Sicherheit als auch Wirtschaftlichkeit im Luftverkehr gewährleisten. Es bringt nichts, den Warenfluss durch zu enge Regelungen lahm zu legen – gleichzeitig müssen wir aber auch dafür Sorge tragen, dass hohe Sicherheitsstandards eingehalten werden. Deutschland ist Transitraum für den Luftverkehr. In Frankfurt werden europaweit die meisten Güter umgeschlagen. Das darf nicht auf Kosten der Sicherheit unserer Bevölkerung gehen!

Besonders die Sicherheitsmängel in Drittländern müssen wir im Auge behalten. Es kann nicht sein, dass Passagiere, die intensiv kontrolliert wurden, gefährdet werden und möglicherweise auf einer Zeitbombe sitzen – weil im gleichen Flugzeug schlecht geprüfte Fracht transportiert wird.“

### Impressum

Peter Wichtel  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 – 77041  
Fax: 030 / 227 – 76241  
Mail: [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)  
Internet: [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)

### Bildnachweis

Seite 2 – Associated Press  
Seite 6 – AFP

